

Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 07. – 09. Dezember 2017

Beschluss - Nr. 1

Unser Weg. Für ein modernes und gerechtes Deutschland.

Leitlinien für das weitere Vorgehen

Nach der Bundestagswahl vom 24. September 2017 hat die SPD erklärt, die Koalition mit CDU und CSU nicht fortsetzen zu wollen. Das war die richtige Reaktion auf das schlechte Wahlergebnis unserer Partei und die Tatsache, dass die Große Koalition zusammen rund 14 Prozentpunkte eingebüßt hat. Nicht nur für die SPD und ihre notwendige Erneuerung muss das Konsequenzen haben, sondern auch für die künftige Bundesregierung, unabhängig davon, wer sie stellt.

Inzwischen sind CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Versuch gescheitert, eine Koalition zu bilden. Der Bundespräsident hat die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien aufgefordert, auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Wahl in Gesprächen zu klären, auf welchem Wege in dieser Situation eine Regierungsbildung zu Stande kommen kann. Die SPD war und ist sich ihrer Verantwortung für unser Land bewusst. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob eine Bundesregierung zustande kommt oder am Ende Neuwahlen stattfinden werden. Deswegen fühlen wir uns verpflichtet, in Gesprächen auszuloten, ob und in welcher Form die SPD eine neue Bundesregierung mittragen kann. Diese Gespräche führen wir konstruktiv und ergebnisoffen.

Politische Grundlage für die Gespräche mit den anderen Parteien sind unsere sozialdemokratischen Grundüberzeugungen und das von unserer Partei beschlossene Wahlprogramm. Eine neue Regierung muss die großen politischen Aufgaben angehen. Für eine Bewältigung der immensen Herausforderungen reicht ein „Weiter-so“ nicht aus.

Eine neue Bundesregierung muss sich in jedem Fall den großen Fragen unserer Zeit stellen. Dazu gehören zweifellos die globalen Gerechtigkeitsfragen und die grundlegende Erneuerung Europas. Als größtes, bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich mächtigstes Land Europas sind wir auf eine gut funktionierende Europäische Union angewiesen. In der Außen- und Sicherheitspolitik, bei den Herausforderungen durch Migration, im Streben um gute wirtschaftliche Perspektiven der EU-Mitgliedstaaten, im Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit, von denen mancherorts gerade junge Leute betroffen sind, ist eine engere und bessere Zusammenarbeit nötig und möglich. Zu den Megatrends gehört auch die Digitalisierung. Die Umbrüche, die durch sie vor allem in der Arbeitswelt entstehen, müssen politisch gestaltet werden, etwa durch verstärkte Investitionen, bessere Qualifizierung und

einen modernen Datenschutz. Es braucht eine Bundesregierung, die gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und Missstände nicht ignoriert, sondern angeht. Dies gilt zum Beispiel für die vorhersehbaren Probleme bei der Rente, die immer noch vorhandene Ungleichbehandlung von Frauen und Männern insbesondere im Beruf - hier sind wichtige Vorhaben wie die Solidarrente und das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit von der CDU und CSU verhindert worden, obwohl sie ausdrücklich im letzten Koalitionsvertrag vereinbart waren. Es braucht zudem eine Bundesregierung, die die Mängel in unserem Bildungssystem sowie die unzureichenden Anstrengungen bei der Integration von Zuwanderern anpackt. Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss neu gefestigt werden. Dazu gilt es, sich gegen die Zerfaserung der Gesellschaft zu stemmen, eine inklusive Gesellschaft zu realisieren, die die Teilhabe für alle gewährleistet,

und unsere Demokratie zu verteidigen. In vielen europäischen Ländern und auch in Deutschland steht unsere weltoffene, tolerante und demokratische Ordnung auf dem Prüfstand. Umso wichtiger ist ein handlungsfähiger, tatkräftiger und bürgernaher Staat.

Diese Ansprüche an eine Modernisierung unseres Landes in einem besseren Europa müssen mit konkreten Projekten und Maßnahmen unterfüttert werden. Die folgenden Punkte sind für uns essentiell:

Für ein demokratisches, solidarisches und soziales Europa: Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und insbesondere mit Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron wollen wir die Europäische Union als Gemeinschaft demokratischer Staaten mit sozialer Marktwirtschaft so weiterentwickeln, dass sie allen Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und Stabilität in einer unsicher werdenden Welt gewährleisten kann. Es muss endlich konkrete und substanzielle Fortschritte auf dem Weg zu einem sozialen Europa geben – etwa durch die Einführung eines Systems europäischer Mindestlöhne, aber auch bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut in Europa. Steueroasen inner- und außerhalb der EU müssen ausgetrocknet werden. Nur mit einer Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung auf europäischer Ebene können Steuervermeidungstricks internationaler Großkonzerne gestoppt werden. Die Bundesregierung muss gemeinsam mit Frankreich die Initiative für einen Investitionshaushalt der Eurozone ergreifen und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln. Um Europa aus der Wachstumsschwäche herauszuführen und die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, braucht es ein breit angelegtes europäisches Investitionsprogramm. Vor dem Hintergrund des Brexits auf der einen und zusätzlicher Aufgaben wie der Afrikapolitik, der notwendigen Antworten auf Flucht und Migration, der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der anderen Seite wird die EU künftig neben mehr finanziellen Mitteln aus den nationalen Haushalten auch zusätzliche Eigenmittel brauchen.

Für sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und eine innovative Wirtschaft: Arbeitsverhältnisse dürfen nicht länger ohne triftige Gründe befristet werden, denn dies schafft große Unsicherheiten bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Zum besseren Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden wir Werkverträge, Leiharbeit und Plattformarbeit besser regulieren. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen wieder

zum Normalfall werden. Wir halten am 8-Stunden-Tag fest. Wir wollen die Gültigkeit von Tarifverträgen und die Tarifbindung festigen, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern und ausweiten sowie die Mitbestimmung mit Blick auf den digitalen Wandel in der Arbeitswelt stärken. Gerade in Zeiten des digitalen Wandels müssen Ausbildung, Qualifizierung und Arbeitsplatzsicherheit gestärkt werden, etwa durch ein Recht auf Weiterbildung und die Weiterentwicklung zur Arbeitsversicherung. Eine Stärkung der dualen Ausbildung muss durch eine Ausbildungsgarantie und eine Mindestausbildungsvergütung sichergestellt werden (tarifliche Regelungen haben dabei Vorrang). Zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt etablieren. Deutschland braucht eine Gründungskultur. Wir müssen dafür Startups in Deutschland unterstützen. Forschung und Wissenschaft bilden die Grundlage für den Wohlstand der Zukunft. Die Förderung von Innovationen muss neu aufgestellt werden.

Für eine tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern: Es muss endlich das Prinzip gelten: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer. Wir müssen gerade auch die sozialen Berufe, in denen viele Frauen arbeiten, aufwerten und besser bezahlen. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Wer vorübergehend in Teilzeit arbeitet, muss den Rechtsanspruch haben, auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verbessern. Daher möchten wir eine Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld einführen.

Für gerechtere Bildungschancen: Wir wollen gebührenfreie Kitas, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsschulplätze, ein inklusives Schulsystem und insgesamt modernere Schulen. Deswegen muss deutlich mehr Geld in Bildung investiert werden. Dem Bund ist es bislang verfassungsrechtlich verboten, die Länder und Gemeinden dabei finanziell zu unterstützen. Das wollen wir ändern. Wir wollen eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbots im Bereich Bildung und Forschung erreichen. Das BAföG wollen wir durch eine bedarfsgerechte Erhöhung der Fördersätze und eine Erweiterung des Kreises der Geförderten stärken. Zudem sollen Bildungsstandards angeglichen werden. Wir wollen, dass jede und jeder in Deutschland die gleiche Chance auf eine gute Ausbildung hat. Von der Kita bis zur Uni oder zum Meisterbrief – der Weg dahin soll gebührenfrei sein. Kinder sind eigene Persönlichkeiten – deshalb wollen wir Kinderrechte im Grundgesetz verankern.

Für sichere Renten und stabile Beiträge: Wir wollen das heutige Rentenniveau sichern und durch einen neuen Generationenvertrag die Beiträge stabilisieren. Zukünftig werden Selbstständige, die nicht in einem Versorgungswerk abgesichert sind, in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen. Zudem muss eine Solidarrente eingeführt werden, denn wer ein Leben lang Vollzeit gearbeitet und Sozialbeiträge gezahlt hat, darf im Alter nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sein müssen. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters wird es mit uns nicht geben.

Für ein faires Gesundheitssystem und bessere Pflege: Wir wollen alle Menschen in Deutschland auf die gleiche Weise versichern und dazu eine Bürgerversicherung einführen. Die Beiträge zur Krankenversicherung sollen künftig wieder in gleichem Maße von Arbeitgebern und Beschäftigten geleistet werden, die Bevorzugung der Arbeitgeber fällt weg. Wir setzen uns

in der Pflege für mehr Personal, mehr Qualität und eine bessere Bezahlung ein. Prävention muss wichtiger Bestandteil unserer Sozial- und insbesondere unserer Gesundheitspolitik sein.

Für Investitionen und die Stärkung von Kommunen: Wir wollen mehr investieren – in Bildung, schnelles Internet, bessere Straßen und sozialen Wohnraum. Gerade unsere Kommunen brauchen Unterstützung, um handlungsfähig zu sein. Wir brauchen einen Ausgleich regionaler Unterschiede durch eine regionale Strukturförderung in Ost und West, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen.

Für gerechte Steuern, Entlastung von Familien und einen handlungsfähigen Staat: Wir müssen dafür sorgen, dass alle am Wohlstand teilhaben. Für uns geht es um Steuergerechtigkeit. Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen wollen wir bei Steuern und Abgaben gezielt entlasten. Zudem muss es ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Kinderarmut geben. Um unsere gemeinsamen Aufgaben finanzieren zu können, sollen große Einkommen und hohe Vermögen einen größeren Beitrag leisten. Steuerhinterziehung und Steuervermeidung müssen konsequenter bekämpft werden.

Für bezahlbares Wohnen und Mieten: Dem sozialen Wohnungsbau kommt in Zukunft besondere Bedeutung zu, damit das Wohnen bezahlbar bleibt und in bestimmten Regionen wieder bezahlbar wird. Dazu benötigen wir auch ein soziales Mietrecht, das den Mietern starke Rechte etwa bei Mietererhöhungen und Wohnraummodernisierungen gibt. Der soziale Wohnungsbau wird beibehalten und weiter ausgebaut.

Für eine geordnete Einwanderungs- und eine humanitäre Flüchtlingspolitik: Deutschland braucht ein modernes Einwanderungsrecht, das den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte ermöglicht und legale Einwanderung besser steuert. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen müssen, erhalten unseren uneingeschränkten Schutz. Eine Obergrenze, die diesen Grundsatz in Frage stellt, lehnen wir ab. Die Bekämpfung von Fluchtursachen muss endlich in seiner ganzen erforderlichen Bandbreite angegangen werden. Das Grundrecht auf Asyl muss unangetastet bleiben. Wir müssen die Bemühungen für die Integration von Flüchtlingen erhöhen und die Unterstützung des Bundes für Städte und Gemeinden fortsetzen. Alle, die sich länger in Deutschland aufhalten, müssen in die Lage versetzt werden, unsere Sprache zu lernen und ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Deshalb wollen wir das Angebot an Sprachkursen und Kursen zur Arbeitsmarktintegration deutlich ausweiten. Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei. Deshalb wollen wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern.

Für ein sicheres Leben in einer offenen Gesellschaft: Die offene Gesellschaft muss sich gegen ihre Feinde schützen. Das setzt einen handlungsfähigen Rechtsstaat voraus. Wir wollen mehr Polizei und eine leistungsfähige Justiz, mehr Prävention und effektive Strafverfolgung. Wir stehen für eine gute Balance von Freiheit und Sicherheit und achten die Bürgerrechte. Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft und werden weiterhin Vereine und Verbände in ihrer Arbeit für eine offene Gesellschaft stärken.

Für Klimaschutz und eine erfolgreiche Energiewende: Gerade weil wir die industrielle Basis in unserem Land erhalten wollen, müssen wir Innovation und technologisches Know-how weiterentwickeln und auf eine ambitionierte Klimaschutzpolitik setzen – national und weltweit. Dazu gehört auch die Umsetzung der Energiewende mit dem konsequenten Ausbau

erneuerbarer Energien. Die von Strukturwandel betroffenen Regionen müssen finanziell unterstützt werden, um neue wirtschaftliche Strukturen zu entwickeln und neue industrielle Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir werden ausloten, ob und wie eine Regierungsbildung möglich ist. Es gibt für uns keine Vorfestlegung und keinen Automatismus. Für uns ist dabei auch klar: Die Verantwortung der SPD besteht nicht automatisch darin, dass sie sich für den Eintritt in eine große Koalition zur Verfügung halten muss. Maßstab für eine Koalition bleibt für die SPD einzig und allein die Umsetzbarkeit des inhaltlichen Wählerauftrags, den ihre Wähler ihr am Wahltag mitgegeben haben.

Unsere grundsätzliche Position, dass eine große Koalition nur die Ausnahme und nicht die Regel sein darf, hat sich auch mit dem Scheitern der angestrebten Koalition aus CDU/CSU, Grünen und FDP nicht verändert. Zu einer lebendigen Demokratie gehört auch eine handlungsfähige Opposition. Die inhaltliche politische Auseinandersetzung muss im Parlament wie in der Gesellschaft, insbesondere aber bei Wahlen zwischen den beiden großen Volksparteien stattfinden können. Wir wollen keine österreichischen Verhältnisse, die den rechten Rand stärken.

Vor diesem Hintergrund sind für uns auch alle Alternativen jenseits von Neuwahlen und Großer Koalition ernstzunehmende und sorgfältig zu prüfende Optionen.

Deshalb wird die SPD ebenso das Modell einer Minderheitsregierung wie auch Formen einer Kooperation auf die Tagesordnung der jetzt zu führenden Gespräche bringen. Wir fordern CDU/CSU auf, sich ihrer Verantwortung für die durch das Scheitern der Jamaika-Sondierungen entstandene Situation zu stellen.

Neuwahlen sind erst dann erforderlich, wenn sich aus diesen Gesprächen keine anderen Lösungen ergeben. Für welche Option wir uns im Lichte der Gespräche mit anderen Parteien einsetzen werden, entscheiden wir anhand der Frage, was für die Zukunft unseres Landes und Europas, für unsere Demokratie und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der beste Weg ist. Wir werden auf Grundlage bisheriger Erfahrungen auch bewerten, in welcher Konstellation genügend Vertrauen gegeben ist, um politische Vereinbarungen verlässlich umsetzen zu können.

Der Parteivorstand wird das Ergebnis der Gespräche auswerten und eine Empfehlung für das weitere Vorgehen vorlegen. Sollte er sich für die Tolerierung einer Minderheitsregierung, für eine andere Form der Kooperation oder für die Bildung einer Regierungskoalition aussprechen, wird ein außerordentlicher Bundesparteitag über die Aufnahme von Verhandlungen entscheiden. Für den Fall, dass es zu vertraglichen Vereinbarungen mit anderen Parteien kommt, haben die Mitglieder zu einem Gesamtergebnis im Rahmen eines Mitgliedervotums das letzte Wort. In jedem Fall werden wir die Erneuerung der SPD vorantreiben.

